

KDFB – INFORMATIONEN 3/2009



Aus Verbänden und Organisationen

Deutscher Frauenrat

- 2 Betreuungsgeld: Offener Brief an Bundeskanzlerin
- 3 Mitgliederversammlung: Endlich Entgeltgleichheit
- 4 Anträge des KDFB
- 5 Fachtagung: Brutal – Normal?

Donum vitae

- 6 10 Jahre donum vitae

Familienbund der Katholiken

- 7 Pflegeversicherung nicht privatisieren
- 8 Betreuungsgeld: Ideologische Grabenkämpfe
- 8 Betreuungsgeld für alle

FidAR

- 9 Fachtagung: Mehr Frauen in die Aufsichtsräte

Hildegardis-Verein

- 10 Mentoring-Programm als Pilotprojekt beim Gleichstellungsgipfel vorgestellt

KLJB

- 11 Online-Portal zum kritischen Konsum

SkF

- 13 SkF begrüßt Stellungnahme des Ethikrates zur vertraulichen Kindesabgabe

Terre des Femmes

- 14 Bundesratsinitiative zur Genitalverstümmelung begrüßt

UNIFEM

- 15 UNIFEM-Preis für Frauenorganisationen aus Peru und Ghana

ZdK

- 16 ZdK mit neuer Führungsspitze
- 17 ZdK fordert mehr Bildungsgerechtigkeit
- 18 Debatte über Moscheebauten nicht überfrachten
- 18 ZdK für Beibehaltung der betreuten anonymen Geburt

IMPRESSUM

Herausgeber:

Katholischer Deutscher Frauenbund
- Bundesgeschäftsstelle -
Kaesenstraße 18 - 50677 Köln
Telefon: (0221) 86092-0
Fax: (0221) 86092-79
Email: bundesverband@frauenbund.de
Internet: www.frauenbund.de

Redaktion:

Gabriele Klöckner
gabriele.kloeckner(at)t-online.de

Deutscher Frauenrat

Offener Brief an die Bundeskanzlerin Angela Merkel:

Betreuungsgeld: Ein sozial- und gleichstellungspolitischer Rückschritt

Berlin, 2.12.2009 In einem Offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel, an die Parteispitzen der Koalition und an die neue Bundesfamilienministerin Kristina Köhler kritisieren 16 Frauen- und Familienverbände und Gewerkschaften das im Koalitionsvertrag vereinbarte Betreuungsgeld als „grundsätzlich kontraproduktiv“. Es konterkariere die gleichstellungspolitischen, sozialpolitischen und familienpolitischen Ziele, für die sich die Interessenvertretungen seit vielen Jahren eingesetzt hätten, heißt es unter anderem in dem Schreiben.

Berlin, 2. Dezember 2009

Betreuungsgeld ist ein sozial- und gleichstellungspolitischer Rückschritt

„Um Wahlfreiheit zu anderen öffentlichen Angeboten und Leistungen zu ermöglichen, soll ab dem Jahr 2013 ein Betreuungsgeld in Höhe von 150,- Euro, gegebenenfalls als Gutschein, für Kinder unter drei Jahren als Bundesleistung eingeführt werden.“ (Koalitionsvertrag, Kapitel III Sozialer Fortschritt)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Verbände sind sich einig, dass ein Betreuungsgeld grundsätzlich kontraproduktiv ist und fordern daher dessen Streichung aus den Planungen der Regierungskoalition.

1. Wahlfreiheit wird dadurch hergestellt, dass genügend qualitativ hochwertige und gebührenfreie bzw. kostengünstige Ganztagsbetreuungsplätze zur Verfügung stehen. Auch 2013 werden nach gegenwärtigem Stand des Ausbaus nicht ausreichend Kita-Plätze für Unter Dreijährige vorhanden sein. Insbesondere die Tagesbetreuung wird den Bedarf nicht decken.

2. Die Konzeption des Betreuungsgeldes verstößt gegen grundlegende Prinzipien der Elternautonomie: Eine Entscheidung, wie Eltern ihre Kinder betreuen, sollte nicht prämiert, honoriert oder bestraft werden. Genauso wenig darf der Staat über ein Gutscheinsystem andeuten, einkommensarme Eltern könnten nicht verantwortungsbewusst und im Interesse der Kinder haushalten.

3. Populistische Äußerungen in Bezug auf arme Familien mit und ohne Migrationshintergrund sind menschenfeindlich, negieren die Anstrengungen vieler Familien und verhindern deren Förderung und Integration umso mehr. Ein flächendeckendes Angebot an Kita-Plätzen für alle Kinder sowie Angebote der Familienbildung sind der richtige Schritt auch zu mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit.

4. Das Betreuungsgeld setzt darüber hinaus auch für Frauen falsche Signale – nämlich nach der Geburt eines Kindes länger aus ihrer Erwerbstätigkeit auszusteigen. So verfestigen sich traditionelle Geschlechterrollen und der Wunsch der Familien auf eine gleichberechtigte Verteilung der Sorge- und Erziehungsaufgaben bleibt unberücksichtigt.

Das Betreuungsgeld widerspricht den Prinzipien einer modernen Gesellschaft in hohem Maße. Es konterkariert die gleichstellungspolitischen, sozialpolitischen und familienpolitischen Ziele, für die sich die Interessenvertretungen seit vielen Jahren einsetzen.

Der Ausbau der Kinderbetreuung muss höchste Priorität haben. Dabei geht es nicht nur um Plätze für unter Dreijährige, sondern auch um Ganztagsplätze für 3-6-jährige Kinder, die vielerorts noch nicht vorhanden sind. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Bemühungen darauf zu konzentrieren und das für das Betreuungsgeld vorgesehene Budget dafür zu verwenden.

Unterzeichnende Verbände:

- Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V. (AKF)
- Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)
- Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)
- Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen
- Deutscher Frauenrat e.V.
- DGB Bundesvorstand, Bereich Gleichstellungs- und Frauenpolitik
- Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V.
- Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e.V. (eaf)
- Familienberatungszentrum Balance Berlin e.V.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
- IG Metall Vorstand
- pro familia Bundesverband e.V.
- ver.di Bundesverwaltung, Bereich Frauen- und Gleichstellungspolitik
- Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e.V (VAMV)
- Verband binationaler Familien und Partnerschaften, (iaf) e.V.
- Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF)

Mitgliederversammlung

Endlich Entgeltgleichheit

Auf seiner Mitgliederversammlung Anfang Dezember in Berlin hat der Deutsche Frauenrat umfassende Maßnahmen gefordert, mit denen die fortgesetzte Entgeltdiskriminierung von Frauen mit größerem Nachdruck und Erfolg bekämpft werden soll. Wichtige Voraussetzung dafür sind bessere gesetzliche Rahmenbedingungen. Daher wiederholt der Deutsche Frauenrat seine Forderungen sowohl nach einem Gesetz zur Durchsetzung der Entgeltgleichheit im Rahmen der Tarifautonomie also auch nach einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft mit entsprechenden Regelungen für die geschlechtergerechte Besetzung von Entscheidungsgremien.

Gefordert wird außerdem die Einführung einer Verbandsklage sowie umfassender Schadenersatzansprüche und entsprechender Beweiserleichterungen im Allgemeinen Gleichstellungsgesetz (AGG), die Einführung einer flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns und geschlechtergerechter Arbeitsbewertungssysteme, die den EU-rechtlichen Vorgaben genügen.

„Die Debatte um Entgeltgleichheit hat in den letzten Jahren nicht zuletzt dank der Aktivitäten des Deutschen Frauenrates und seiner Mitgliedsverbände zum Equal Pay Day deutlich an Fahrt aufgenommen. Das Thema wird aber von der Regierung und von den Tarifpartnern noch zu wenig

ernst genommen. Wir sind als Frauenlobby daher gerüstet, es mit hohem Druck weiterzutreiben,“ so die Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, Marlies Brouwers.

Neben der Entgeltgleichheit spielte das Thema geschlechtergerechte Bildung im Lebenslauf eine zentrale Rolle in der Diskussion. Die Delegiertenversammlung beschloss darüber hinaus für das nächste Jahr ein Arbeitsbündel für die Bereiche Arbeitsmarkt-, Sozial-, Familien-, Gesundheits- und Menschenrechtspolitik. So sollen u.a. anlässlich des Europäischen Jahrs 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung bundesweite Aktionen gegen Armut von Frauen und Kindern durchgeführt werden. Eine neue Arbeitsgruppe wird sich mit geschlechterpolitischen Positionen, Fragen und Konsequenzen der Friedens- und Sicherheitspolitik beschäftigen.

Anträge des KDFB

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrates hat Anfang November zwei Anträge angenommen, die der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) eingebracht hat:

Benachteiligung der Kinder von Hartz-IV-Empfängern: Der Deutsche Bundestag wird aufgefordert, im Rahmen einer Reform des SGB II dafür zu sorgen, dass Kinder von Hartz-IV-Empfängern ihren Verdienst durch Ferienjobs in vollem Umfang behalten dürfen. Das selbst verdiente Geld soll nicht mit den staatlichen Regelleistungen für die Familie verrechnet werden. Kinder und Jugendliche aus einer Bedarfsgemeinschaft – oft Alleinerziehende, die im überwiegenden Fall Frauen sind – dürfen gegenüber Gleichaltrigen aus besser gestellten Elternhäusern nicht benachteiligt werden.

Einführung eines Pflegegeldes, bessere Ausgestaltung der Pflegezeit: Der Deutsche Bundestag wird aufgefordert, für pflegebedürftige Menschen und ihre pflegenden Angehörigen – die zum Großteil Frauen sind - die Rahmenbedingungen weiter zu verbessern. Der Deutsche Frauenrat fordert die Ausgestaltung der mit der Pflegereform 2008 eingeführten Pflegezeit analog der Elternzeit. Insbesondere soll ein sechsmonatiges Pflegegeld als Lohnersatzleistung und die flexible Aufteilung der Pflegezeit eingeführt werden.

Gabriele Klöckner

Beschlüsse der Mitgliederversammlung =>

www.frauenrat.de/fileadmin/user_upload/infopool/informationen/dateien/091117_Beschluesse_2009.pdf

Positionspapier „Entgelt – gleich!“ (in der AG, die das Papier entworfen hat, war vom KDFB Barbara Fiala, Mitglied der gesellschaftspolitischen Kommission) =>

www.frauenrat.de/deutsch/infopool/informationen/informationdetail/back/7/article/entgelt-gleich-1/Mitgliederversammlung%202009.html

Positionspapier „Bildung lohnt immer!“ (in der AG, die das Papier entworfen hat, war vom KDFB Petra Hauprich-Wenner, Bildungsreferentin im Diözesanverband Trier) =>

www.frauenrat.de/deutsch/presse/presstexte/presstext/back/7/article/bildung-lohnt-immer-1/Mitgliederversammlung%202009.html

Fachtagung

Brutal – normal? – Gewaltverherrlichung und Frauenverachtung in den Medien

Mit Gewaltverherrlichung und Frauenverachtung in den Medien befasste sich eine Fachtagung, zu der der Deutsche Frauenrat zusammen mit dem Deutschen Werberat am 16. Oktober nach Berlin eingeladen hatte. Diese Tagung ist auf Initiative des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) hin entstanden, der bei der Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrates im vergangenen Jahr beantragt hatte, dass sich der Frauenrat mit diesem Thema beschäftige.

Das Spektrum von Gewaltverherrlichung und Frauenverachtung in den Medien ist riesig. Es reicht von dümmlich banal bis tödlich brutal. „Wenn wir über Gewaltverherrlichung und Frauenverachtung in den Medien sprechen, zwei Sachverhalte, die sich oft vermischen, worum geht es dann eigentlich?“, fragt der Deutsche Frauenrat. „Um einen Talkshow-Master, der notorisch seinen weiblichen Gästen körperlich und verbal zu nahe tritt? Um einen sexualisierten, degradierenden Witz in einer Kochshow? Um nackte und halbnackte Körper in stimulierenden Positionen, die für irgend ein materielles oder immaterielles Produkt in Zeitschriften oder auf öffentlichen Anzeigenflächen werben? Um eine E-Mail, die in pornografischer Weise virtuellen Sex anbietet? Um einen Videoclip auf einem Handy, der eine Hinrichtung zeigt? Um sexuelle Belästigung in einem Chatroom. Um ein Musikstück, in dem zur Gruppenvergewaltigung aufgerufen wird? Um ein Computerspiel, das zur Massenvernichtung anhält? Um eine DVD, auf der eine Frau sexuell gefoltert und getötet wird?“

Die Medien – vor allem auch das Internet - stehen unter dem Generalverdacht, zur Steigerung von realer Gewalt und zu deren Normalisierung ursächlich beizutragen. Aber lässt sich ein unbedingter Zusammenhang nachweisen zwischen der Gewalt, die in den Medien dargestellt wird und der, die sich in den Wohnzimmern und auf den Straßen abspielt? Oder ist die Wechselwirkung doch komplexer? Dienen die Medien, verstärkt durch die Medien selbst, vielleicht vor allem als Sündenbock?

Befriedigende, das heißt eindeutige Antworten auf diese Fragen und Strategien mit dem Thema Medien und Gewalt gibt es bislang nicht. Die Tagung des Deutschen Frauenrates versuchte, einige Antworten zu geben, bestimmte Problembereiche medial vermittelter Gewalt zu beleuchten und Strategien der Bekämpfung aufzuzeigen. Dabei ging es um reaktionäre Frauenbilder in der Werbung, um Erfahrungen, die Jugendliche mit Gewalt im Web 2.0 machen, um Jugendschutz und um die „Saure Gurke“, die Medienfrauen jedes Jahr für Sexismus und Frauenfeindlichkeit im öffentlich-rechtlichen Fernsehen verleihen.

Deutscher Frauenrat/gk

Eine Dokumentation der Fachtagung finden Sie im Internet =>

www.frauenrat.de/fileadmin/user_upload/infopool/informationen/dateien/091016_Dokumentation_gesamt_.pdf

Der **Deutsche Frauenrat** ist die Vereinigung von aktuell 56 bundesweit aktiven Frauenverbänden und -organisationen. Zu seinen Mitgliedern zählen konfessionelle Verbände und Berufsverbände, die Frauengruppen der Parteien, der Gewerkschaften und des Deutschen Olympischen Sportbundes, außerdem überkonfessionell und überparteilich arbeitende Organisationen mit vielfältigen sozialen und politischen Aufgaben. Insgesamt hat der Deutsche Frauenrat mehr als zehn Millionen Mitglieder. Der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) ist über die AG katholischer Frauenverbände und -gruppen im Deutschen Frauenrat. Frauenratsvorsitzende ist KDFB-Vizepräsidentin Marlies Browers.

Kontakt:

Deutscher Frauenrat, Geschäftsstelle, Axel-Springer-Str. 54a, 10117 Berlin

Telefon: +49 (0) 30/20 45 69-0 - Fax: +49 (0) 30/20 45 69-44

Internet: <http://www.frauenrat.de> - E-Mail: [kontakt\(at\)frauenrat.de](mailto:kontakt(at)frauenrat.de)

donum vitae

10 Jahre donum vitae

Als eine Erfolgsgeschichte hat die Bundesvorsitzende von donum vitae (Geschenk des Lebens), Rita Waschbüsch, die ersten zehn Jahre des Bestehens dieser Hilfs- und Beratungsorganisation für schwangere Frauen, die sich in einer Konfliktsituation befinden, bezeichnet. Heute seien an 192 Orten rund 300 Beraterinnen tätig, die bisher rund 290.000 Erstkontakte mit schwangeren Frauen, Paaren oder werdenden Vätern gehabt hätten. Viele von ihnen kämen zusätzlich zu Folgeberatungen. Rund 125 hauptamtliche Verwaltungskräfte seien in den Beratungsstellen tätig, um die sich rund 1.000 Ehrenamtliche in Vorständen und Beratungsteams kümmern würden.

Waschbüsch verwies vor der Presse in Berlin darauf, dass die Gründung vor zehn Jahren ein großes Wagnis gewesen sei, da sie ohne personelles und finanzielles Polster habe erfolgen müsse. Man habe bei Null begonnen, ohne eine bestehende Organisation im Hintergrund. Der Entschluss von engagierten Katholiken aus der Mitte des Zentralkomitees heraus, donum vitae zu gründen, sei ohne lange Vorbereitung umgesetzt worden sei.

Anlass sei die Entscheidung des damaligen Papstes gewesen, die katholischen Beratungsstellen aus dem staatlichen Beratungssystem zurückziehen. Die Gründerinnen und Gründer von donum vitae hätten in dieser Entscheidung „eine schwerwiegende Einschränkung des Einsatzes für den Lebensschutz und für die Hilfsangebote an schwangere Frauen, die sich durch eine Schwangerschaft in einer schweren Konfliktsituation befänden“ gesehen, so Waschbüsch.

Für viele Katholiken sei diese Entscheidung zudem eine der Öffentlichkeit nicht zu vermittelnde Kehrtwende der katholischen Kirche in Deutschland gewesen. In engem Schulterschluss von Bischöfen und Laien habe sich die Kirche bis dahin sowohl gegenüber der Politik als auch mit einem Netz von Beratungsstellen im staatlichen System vorbildlich engagiert. Die Enttäuschung über die Entscheidung des Papstes sei aber in positive Energie umgewandelt worden.

Das Konzept von donum vitae sei klar und eindeutig: Leben zu schützen und zu bewahren, indem Frauen, die sich durch eine Schwangerschaft in einer schwierigen Konfliktlage befänden, geholfen werde, Ja zu sagen zu ihrem Kind und sie auf Wunsch auch nach der Geburt des Kindes noch zu begleiten. Es gehe dabei nicht nur um eine finanzielle Unterstützung, sondern darum, der betroffenen Frau eine Perspektive zu eröffnen, die es ihr ermögliche, mit Überzeugung „Ja“ zu ihrem Kind sagen zu können.

In rund 60 % der donum vitae Beratungsstellen werde heute auch Beratung im Zusammenhang von pränataler Diagnostik angeboten. In allen Beratungsstellen gebe es Präventionsarbeit, mit der bei 24.000 Präventionsveranstaltungen bereits über eine halbe Million Jungendlicher erreicht worden seien. In beiden Fällen sei die Arbeit außerordentlich erfolgreich, so die Bundesvorsitzende.

In diesem Jahr sei auch eine bundesweite Online-Beratung eingeführt worden. Diese habe sich schon in kurzer Zeit als Beratungsangebot etabliert. Die Online-Beratung bewähre sich gerade bei sehr schambesetzten Themen. Waschbüsch kündigte an, das Beratungsangebot in den ostdeutschen Ländern zu erweitern.

Donum vitae lebe von dem ehrenamtlichen Engagement und der Spendenbereitschaft vieler Menschen. Es gehe vor allem um eine finanzielle Absicherung über die 2003 gegründete donum vitae-Stiftung, die den Verein zukunftsfest machen soll.

Kontakt

donum vitae e.V., Breite Str. 27, 53111 Bonn
Fon: 0228 / 3 86 73 43 - Fax: 0228 / 3 86 73 44
E-Mail: [info\(at\)donumvitae.org](mailto:info@donumvitae.org)

Familienbund der Katholiken

Familienbund warnt vor Privatisierung der Pflegeversicherung

Berlin (KNA) Der Familienbund der Katholiken hat die Regierungskoalition davor gewarnt, die solidarische und paritätische Finanzierung der Pflegeversicherung aufzugeben. Durch eine Privatisierung der Versicherung würden Familien nochmals kräftig belastet, sagte die Präsidentin des Familienbundes, Elisabeth Bußmann, in Berlin. Dies stehe im Widerspruch zu den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und den von Union und FDP versprochenen Entlastungen, so Bußmann.

Ein Arbeitnehmer-Pauschalbeitrag nehme keine Rücksicht auf die Höhe des Einkommen, noch darauf, wie viele Menschen vom Einkommen leben müssten, sagte Bussmann. Sie schlug vor, wenn nötig die Beitragsbemessungsgrenze in der Pflegeversicherung zu erhöhen und alle Einkommensarten in die Berechnung einzubeziehen.

Die Präsidentin des Familienbundes warnte davor, die Grundpfeiler der Parität und Solidarität im deutschen sozialen Sicherungssystem in Frage zu stellen. Das gefährde den sozialen Frieden. Die paritätische Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherungen sei Ausdruck der gemeinsamen Verantwortung von Arbeitgebern und Gewerkschaften für die Gesundheit und Krankheit von Arbeitnehmern. (KNA – 21. Oktober 2009)

Familienbund warnt vor neuen ideologischen Grabenkämpfen

Berlin (KNA) Der Familienbund der Katholiken hat in der Auseinandersetzung um das Betreuungsgeld vor einem Wettstreit um das angeblich richtige Familienmodell gewarnt. „Die derzeitige polarisierende und diskriminierende Diskussion“ über die Leistung sei ein Rückschritt zu alten ideologischen Grabenkämpfen, sagte die Präsidentin des Familienbundes, Elisabeth Bußmann, in Berlin. Die Regierung will Eltern, die ihr Kind bis zum dritten Lebensjahr zu Hause erziehen, ab 2013 ein Betreuungsgeld von 150 Euro zahlen oder Bildungsgutscheine ausgeben.

Eine moderne und tolerante Gesellschaft müsse jedes Familienmodell gleichermaßen anerkennen und unterstützen, sagte Bußmann. Deshalb sei neben mehr und besseren Kinderbetreuungsangeboten auch eine bessere finanzielle Förderung aller Eltern mit Kindern bis zum dritten Lebensjahr nötig, betonte Bußmann.

Die Familienbund-Präsidentin bekräftigte ihre Forderung nach einer Leistung für alle Eltern mit Kindern im zweiten und dritten Lebensjahr. Diese solle im Anschluss an das Elterngeld 300 Euro im Monat betragen und unabhängig davon gezahlt werden, ob die Kinder eine Kindertagesstätte besuchen oder zu Hause betreut werden. Auf diese Weise würden Eltern in die Lage versetzt, entweder zusätzliche Betreuungsangebote zu finanzieren oder sich für die häusliche Erziehung und Betreuung zu entscheiden. (KNA – 13. November 2009)

Familienbund: Betreuungsgeld für alle Eltern

Düsseldorf (KNA) In der Debatte um das Betreuungsgeld fordert der Familienbund der Katholiken ein Umdenken. Nicht nur Eltern, die ihre unter drei Jahre alten Kinder zu Hause betreuen, sollten die Geldleistung erhalten, sagte Familienbund-Präsidentin Elisabeth Bußmann der Düsseldorfer „Rheinischen Post“. Auch wenn Kinder eine Kita besuchten, sollten Eltern Betreuungsgeld bekommen. Denn ein Ganztagsplatz dort koste zwischen 300 und 500 Euro. „Wir brauchen eine Anschlussleistung an das Elterngeld, das allen Eltern gezahlt wird“, so Bußmann.

Die Familienbund-Präsidentin wandte sich entschieden gegen ein Gutscheinmodell beim Betreuungsgeld: „Ich empfinde es als diffamierend, wenn man Familien unterstellt, sie könnten nicht mit Geld umgehen.“ Die Familien seien diejenigen in der Gesellschaft, die mit knappsten Mitteln wirtschaften müssten. (KNA – 26. November 2009)

Der **Familienbund der Katholiken (FDK)** ist ein parteipolitisch unabhängiger, konfessioneller Familienverband. Er setzt sich für die Stärkung und Förderung von Rechten und Rahmenbedingungen für Familien auf nationaler und internationaler Ebene ein. Er ist Ansprechpartner und Lobby für alle Familien und engagiert sich in der Vertretung und Koordinierung familienbezogener Anliegen in Kirche, Staat, Gesellschaft und Politik. Der Familienbund ist auf allen politischen Ebenen sowie innerkirchlich für Familien aktiv.

Der KDFB ist Mitglied im Familienbund der Katholiken und wird dort von Vizepräsidentin Marlies Brouwers vertreten.

Familienbund der Katholiken, Bundesgeschäftsstelle,

Reinhardtstr. 13, 10117 Berlin, Tel. 030-326 756-0 - Fax 030-326 756-20

E-Mail: [info\(at\)familienbund.org](mailto:info(at)familienbund.org) - Internet: www.familienbund.org

Frauen in die Aufsichtsräte (FidAR)

Fachtagung: Mehr Frauen in die Aufsichtsräte

Zur Forderung nach einer gesetzlichen Frauenquote für Aufsichtsräte fand am 16. September 2009 eine Fachtagung in Berlin statt, die der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) zusammen mit dem Bundesfrauenministerium und dem Deutschen Frauenrat unterstützte.

Eine gesetzliche Mindestquote von mindestens 25 Prozent Frauen in Aufsichtsräten von privaten und öffentlichen Aktiengesellschaften, verbindliche gesetzliche Regelungen sowie Qualifizierungsangebote und Stärkung der Kompetenzen aller Aufsichtsratsmitglieder fordert die 2005 gegründete Initiative Frauen in die Aufsichtsräte e.V. (FidAR). Bei einem FidAR-Forum zum Thema „Eine gute Wahl: Mehr Frauen in die Aufsichtsräte“, diskutierten 170 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft am 16.09.2009 verschiedene Strategien, um den Anteil von Frauen in Top-Positionen zu erhöhen.

Dabei waren sich die meisten Teilnehmer einig, dass es ohne eine gesetzliche Quotenregelung nicht gehen werde. „Es hat sich über viele Jahre gezeigt, dass freiwillige Maßnahmen der Wirtschaft nicht ausreichen, um den Frauenanteil in den Führungspositionen der Wirtschaft zu erhöhen“, so FidAR-Präsidentin Monika Schulz-Strelow. „Wir brauchen kurzfristig eine verbindliche Quote von mindestens 25 Prozent Frauen in Aufsichtsräten. Dies wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wirtschaft.“ Die ausgewogene Vertretung von Frauen in den Aufsichtsräten sei aber nicht nur ein Gebot der Gleichstellung, sondern vielmehr ein Gebot guter Unternehmensführung. „Wissenschaftliche Studien belegen, dass die sichtbare Präsenz von Frauen ein wichtiger Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg ist. Sie führt zu einer differenzierteren Diskussion, einer fundierteren Entscheidungsfindung und einer besseren Unternehmenskontrolle.“

„Norwegen hat mit der Einführung einer gesetzlichen Quote von Frauen in Aufsichtsräten sehr gute Erfahrungen gemacht“, betonte der Norwegische Botschafter Sven Erik Svedman. Seit dem 1. Januar 2008 gilt dort eine verbindliche Quote von 40 Prozent Frauen in Kontrollgremien. Auf-

sichtsräte, die gegen diese Vorgabe verstoßen, können aufgelöst werden. Der Anteil der Frauen in Aufsichtsräten hat sich seither von 7 Prozent im Jahr 2005 auf 40 Prozent erhöht. Die Zahl der Aktiengesellschaften, die die Forderung erfüllen, von 13 Prozent im Jahr 2005 auf 99 Prozent im Jahr 2009.

Für Eva Maria Welskop-Deffaa, Ministerialdirektorin im Bundesfrauenministerium, wird die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen ein wichtiges Thema der nächsten Legislaturperiode. Es sei skandalös, dass selbst im öffentlichen Dienst, der ja seit Jahren eine Quotenregelung hat, Frauen nur selten die gläserne Decke durchbrechen. „Das Thema muss in der nächsten Legislaturperiode auf der politischen Tagesordnung stehen.“ Es sei aber wichtig, die Unternehmer mit ins Boot zu holen. Gegen die Wirtschaft sei das nicht durchzusetzen.

Gabriele Klöckner

Eine **Dokumentation** der Tagung finden Sie im Internet unter =>
www.fidar-einegutewahl.de

FidAR e.v. ist eine überparteiliche und überregionale Initiative, ins Leben gerufen von Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, die es sich zum Ziel gesetzt hat, auf eine nachhaltige Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsräten deutscher Kapitalgesellschaften hin zu wirken.

Frauen in die Aufsichtsräte (FidAR) e.V., Anklamer Straße 38, 10115 Berlin
E-Mail: [info\(at\)fidar.de](mailto:info(at)fidar.de) - Internet: www.fidar.de

Hildegardis-Verein

Mentoring-Programm des Hildegardis-Vereins als Modellprojekt beim Gleichstellungsgipfel in Stockholm präsentiert

Das bundesweit erste Mentoring-Programm für Studentinnen mit Behinderung, das der Hildegardis-Verein seit mehr als einem Jahr durchführt, ist Mitte November vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf dem dritten Gleichstellungsgipfel in Stockholm als hervorragendes Modell für innovative Gleichstellungsinitiativen in Deutschland vorgestellt worden. Der Hildegardis-Verein fördert mit dem Mentoring-Programm die Gleichstellung von studierenden Frauen mit Behinderung. Die teilnehmenden Studentinnen werden ein Jahr lang von berufserfahrenen Persönlichkeiten verschiedener Fachrichtungen, die überwiegend selbst mit einer Behinderung leben, persönlich beraten, begleitet und ermutigt. Das Programm setzt an den Stärken der Teilnehmenden an. Biografiebegleitend unterstützt es in Übergangsphasen im Lebenslauf junge Frauen, die ihr Leben mit einem Handicap meistern.

„Die Vorstellung unseres Pilotprojekts im europäischen Kontext verstehen wir als Ausdruck großer Wertschätzung“, erklärt die Vorsitzende des Hildegardis-Vereins, Prof. Dr. Gisela Muschiol. „Das freut uns umso mehr, weil von Anfang an die Konzeption unseres Mentoring-Programms darauf gerichtet war, modellhaft Anregungen zur Entwicklung neuer Förderinstrumente zugunsten von Frauen mit Behinderung zu geben. Deshalb legen wir großen Wert auf die prozessbegleitende wissenschaftliche Evaluation unseres Programms, die von der Universität Kassel durchgeführt wird. Die Ergebnisse dieser Auswertung stellen wir interessierten Anbietern von ähnlichen Förderprogrammen gerne zur Verfügung.“

Auf dem Gleichstellungsgipfel (Equality Summit), der von der schwedischen EU-Präsidentschaft vom 16. - 19. November 2009 in Stockholm veranstaltet wurde, haben führende Vertreter/innen von nationalen Gleichstellungsstellen und Nichtregierungsorganisationen, EU-Sozialpartner und Vertreter/innen internationaler Organisationen über effektive Wege der Zusammenarbeit beraten. Es ging darum, bei der Entwicklung einer offenen Kultur der Nichtdiskriminierung und bei der Förderung gleicher Rechte und Chancen innerhalb der EU voneinander zu lernen. Der Gipfel fand zum dritten Mal statt. Ins Leben gerufen wurde er 2007, im Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle, um neue Impulse für den Kampf gegen Benachteiligungen zu geben.

Hildegardis-Verein/gk

Der **Hildegardis-Verein** wurde 1907 zur Förderung von Frauenstudien gegründet und setzt sich seitdem für die Verbesserung der Rahmenbedingungen von Frauenstudien an deutschen Hochschulen und Fachhochschulen ein. Mit zinslosen Studiendarlehen fördert er Frauen aller Alters- und Berufsgruppen im Studium und in der Ausbildung. Mit einer zusätzlichen Familienförderung will der Verein die Vereinbarkeit von Elternschaft und Ausbildung für Frauen verbessern.

Im Jahr 2008 startete der Verein das bundesweit erste Mentoring-Projekt für Studentinnen mit Behinderung. Weitere Informationen: www.hildegardis-verein.de

Weitere Informationen zum Mentoring-Projekt:

Hildegardis-Verein e.V., Wittelsbacherring 9, 53115 Bonn, Tel: 0228/ 96 95 141,

Fax: 0228/ 96 95 226, E-Mail: [mentoring\(at\)hildegardis-verein.de](mailto:mentoring(at)hildegardis-verein.de)

Internet: www.mentoring-projekt.de

Katholische Landjugendbewegung (KLJB)

Online-Portal zum Kritischen Konsum

Unter dem Titel STILvollerLEBEN präsentiert die Katholische Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB) ein Online-Portal sowie eine 60-seitige Broschüre mit umfangreichem Hintergrundmaterial und Aktionsideen zum Thema „Kritisches und nachhaltiges Konsumieren“. „Mit STILvollerLEBEN wollen wir zeigen, dass ein verantwortungsvolles und nachhaltiges Konsumverhalten nicht nur dringend notwendig ist, sondern auch jede Menge Spaß machen kann“, erklärt dazu die KLJB-Bundesvorsitzende Monica Kleiser. So regt die KLJB nicht nur zum Nachmachen

der Aktionsideen an, sondern bietet mit dem Online-Angebot stilvollerleben.de zugleich eine Plattform, eigene Aktionsideen einzustellen.

Webseiten und Broschüre gliedern sich in neun verschiedene Themenbereiche wie etwa Mobilität, Erneuerbare Energien oder Alternatives Wirtschaften. Diese Themenblöcke halten jeweils grundsätzliche Informationen sowie die Position der KLJB zu dem Thema bereit. Außerdem gibt es zu jedem Bereich eine Reihe von Aktionsmöglichkeiten, online ergänzt durch digitale Kopiervorlagen, weiterführende Links sowie praktische Tipps und Erfahrungen.

Schon lange bevor Nachhaltigkeit als Lifestyle-Thema in der breiten Öffentlichkeit aufgegriffen wurde, beobachtete die KLJB gesellschaftliche Prozesse und machte auf Probleme aufmerksam. „Mit den täglichen Konsumententscheidungen kann jede und jeder Einzelne eine Menge bewegen — hier setzen wir als Jugendverband mit guten Beispielen und Bildungsangeboten an“, sagt Bundesvorsitzende Kleiser. Unter dem Konzept des Kritischen Konsums versteht die KLJB verantwortungsvolle Konsumententscheidungen, die weder den Menschen noch der Umwelt schaden. Dies bezieht die KLJB sowohl auf Gebrauchsgüter als auch auf Verbrauchsgüter — etwa den Energieverbrauch.

„Wir wollen mit unserem kritischen Konsumverhalten auf konkrete Veränderungen in der Gesellschaft hinwirken. Dies ist notwendig, um die Lebensbedingungen — lokal und global — für zukünftige Generationen zu erhalten“, unterstreicht Kleiser.

Die **Broschüre** „STILvollerLEBEN — Aktiv für Kritischen Konsum“ ist erhältlich an der KLJB-Bundesstelle oder zum Download auf stilvollerleben.de. Weitere Informationen gibt es bei der zuständigen Referentin Susanne Rauh an der KLJB-Bundesstelle: [s.rauh\(at\)kljb.org](mailto:s.rauh(at)kljb.org) oder Tel. 0 22 24/94 65-27.

Die **KLJB (Katholische Landjugendbewegung Deutschlands)** ist ein Jugendverband mit bundesweit 70.000 Mitgliedern. Die KLJB vertritt die Interessen junger Menschen im ländlichen Raum und engagiert sich für eine aktive und lebendige Kirche. Als engagierte Christinnen und Christen gestalten Jugendliche in der KLJB mit an der Zukunft der Gesellschaft und setzen sich für eine gerechte und zukunftsfähige Welt ein. Im Rahmen der MIJARC (Mouvement International de la Jeunesse Agricole et Rurale Catholique) setzt sich die KLJB auch weltweit für Solidarität und eine nachhaltige ländliche Entwicklung ein.

Kontakt:

Katholische Landjugendbewegung Deutschlands e.V

Drachenfelsstraße 23, 53604 Bad Honnef-Rhöndorf

Tel.: (02224) 9465-0 - Fax: (02224) 9465-44

E-Mail: [bundesstelle\(at\)kljb.org](mailto:bundesstelle(at)kljb.org) - Internet: www.kljb.org

Sozialdienst katholischer Frauen (SkF)

SkF begrüßt die Stellungnahme des Deutschen Ethikrates zur vertraulichen Kindesabgabe

Dortmund. Nach der Stellungnahme des Ethikrates sieht der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) die Betreiber von Babyklappen und Anbieter von anonymer Geburt vor der Aufgabe, ihre Angebote weiterzuentwickeln, um sowohl den betroffenen schwangeren Frauen und Müttern in ihrer Not zu helfen, als auch die Rechte ihrer Kinder auf Kenntnis ihrer Herkunft zu wahren. Die rechtliche Regelung einer vertraulichen Geburt könnte hierzu ein wesentlicher Schritt sein.

Maria Elisabeth Thoma, Bundesvorsitzende des SkF, meint dazu: „Wir teilen die Meinung des Ethikrates, dass der Weg der anonymen Kindesabgabe zumindest juristisch in eine Sackgasse führt und auch im Hinblick auf den konkreten Lebensschutz keine befriedigende Lösung darstellt.“

Der Deutsche Ethikrat hat unter anderem die Empfehlung ausgesprochen, Babyklappen und das Angebot anonymer Geburt aufzugeben und im Gegenzug die vertrauliche Kindesabgabe gesetzlich zu regeln. „Wir sehen uns innerhalb des Verbandes in der Verpflichtung, Konsequenzen aus dem Votum des Ethikrates hinsichtlich der Fortführung von Babyklappen zu ziehen“, äußert sich die Bundesvorsitzende hierzu.

Die langjährige Erfahrung des SkF zeigt, dass es Frauen gibt, die in akuten Not- und Konfliktsituationen niemanden in ihrem Umfeld haben, dem sie sich anvertrauen können. Als Frauenfachverband war und ist es dem SkF wichtig, diese Frauen so frühzeitig wie möglich zu erreichen, um ihnen individuelle Beratung, Hilfe und Begleitung anzubieten, damit es gar nicht so weit kommt, dass sie alleine, heimlich und ohne medizinische Versorgung irgendwo ihr Kind zur Welt bringen.

Die Babyklappe ist nur ein Baustein im Angebot des SkF für verzweifelte Frauen am Ende der Schwangerschaft. Weitere sind die anonyme Beratung von Schwangeren - auch mittels einer 24-Stunden-Hotline, „Arm-zu-Arm-Übergaben“ sowie das Angebot einer „vertraulichen Geburt“ in Krankenhäusern, bei der die Frauen zwar ihre Daten angeben, diese jedoch streng vertraulich behandelt und nicht weitergegeben werden. Das Kind könnte dann im Rahmen einer Inkognito-Adoption von einer Familie aufgenommen werden. Dabei wissen die Adoptiveltern und das Kind den Namen der leiblichen Mutter zwar nicht, das Kind kann aber ab einem bestimmten Alter und innerhalb eines geregelten Verfahrens Kenntnis über seine Herkunft erlangen.

Beim SkF als Träger von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe hat das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung einen sehr hohen Stellenwert. Es gibt aber Situationen, in denen die Angst der Frauen so groß ist, dass sie zunächst nur über einen anonymen Zugang erreicht werden können. Nach den Erfahrungen des SkF geben ca. 75% der Frauen im Laufe des Beratungsprozesses ihre Anonymität auf, wenn sie sich darauf verlassen können, dass sie in einem geschützten Raum sind und ihre Daten vertraulich behandelt werden.

Der **Sozialdienst katholischer Frauen (SkF)** ist ein Frauen- und Fachverband der Sozialen Arbeit in der Kirche. Der Verein ist Fachverband der Kinder- und Jugendhilfe, der Gefährdetenhilfe und der Hilfe für Frauen und Familien in Not. Er setzt sich für Frauen ein, die benachteiligt sind und sich ausgegrenzt fühlen. Er bietet Kindern und Jugendlichen, Frauen und Familien, die sich in schwierigen Lebenssituationen befinden, Beratung, Unterstützung und Hilfe an.

Kontakt:

SkF Bundeszentrale, Agnes-Neuhaus-Straße 5, 44135 Dortmund

Telefon: 0231 557026-0

Internet: www.skf-zentrale.de

Terre des femmes

TERRE DES FEMMES befürwortet geplante Bundesratsinitiative zu Genitalverstümmelung

Anfang November haben Baden-Württemberg und Hessen einen Gesetzentwurf zur Änderung der Strafbarkeit weiblicher Genitalverstümmelung auf die Herbstkonferenz der JustizministerInnen in Berlin eingebracht. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass weibliche Genitalverstümmelung als eigener Straftatbestand ins Strafgesetzbuch (StGB) aufgenommen wird. Bisher fällt diese schwere Menschenrechtsverletzung an Mädchen und Frauen in Deutschland unter den Straftatbestand der einfachen bzw. gefährlichen Körperverletzung bzw. unter die Misshandlung Schutzbefohlener. Nur in Ausnahmefällen, z.B. wenn die betroffene Frau nachweislich aufgrund der erlittenen Verstümmelung ihre Fortpflanzungsfähigkeit verliert, könnte Genitalverstümmelung als schwere Körperverletzung geahndet werden. Die betroffenen Mädchen und Frauen aus mehrheitlich afrikanischen Herkunftsländern leiden lebenslang unter den Konsequenzen der Praxis, bei der neben der Klitoris meist auch Teile der Schamlippen abgeschnitten werden. In 15% der Fälle wird die Vagina bis auf eine winzige Öffnung zugenäht. Die Folgen für die Überlebenden sind immens: Schmerzen und Komplikationen beim Wasserlassen, bei Menstruation, Geschlechtsverkehr und Entbindungen.

Laut dem vorliegenden Gesetzentwurf soll Genitalverstümmelung in den Katalog der Auslandsstraftaten aufgenommen werden. Dies ist Voraussetzung dafür, dass Genitalverstümmelungen, die außerhalb von Deutschland durchgeführt werden von deutschen Behörden strafrechtlich verfolgt werden können, wenn es sich um ein in Deutschland lebendes Mädchen handelt. Es gibt Hinweise, dass Mädchen insbesondere während Ferienaufenthalten im Heimatland der Eltern verstümmelt werden.

„TERRE DES FEMMES begrüßt den Gesetzesentwurf, weil er zur Rechtsklarheit beiträgt und deutlich macht, dass Deutschland diese schwere Gewalt an Mädchen und Frauen auch dann nicht toleriert, wenn sie im Ausland stattfindet“, so Christa Stolle, Bundesgeschäftsführerin von TERRE DES FEMMES. „Zusammen mit konkreten Präventionsmaßnahmen zum Schutz bedroh-

ter Mädchen kann das Gesetz einen wichtigen Beitrag leisten, dass in Zukunft jedes Mädchen in Deutschland unversehrt aufwächst.“

TERRE DES FEMMES ist eine gemeinnützige Menschenrechtsorganisation für Frauen und Mädchen, die durch Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit, Einzelfallhilfe, Förderung von Projekten und internationale Vernetzung von Gewalt betroffene Frauen unterstützt. Schwerpunktthemen sind Häusliche Gewalt, Zwangsheirat und Ehrverbrechen, weibliche Genitalverstümmelung, Frauenhandel

Kontakt:

TERRE DES FEMMES, Menschenrechte für die Frau e. V. - Berliner Büro

Merseburgerstr. 3 • 10823 Berlin

Tel. 030/40504699-1 • Fax 030/40504699-9

E-Mail: [gewaltschutz\(at\)frauenrechte.de](mailto:gewaltschutz(at)frauenrechte.de) Internet: www.frauenrechte.de

UNIFEM

UNIFEM-Preis 2009 für Frauenorganisationen aus Peru und Ghana

Ein kleines Jubiläum: Seit zehn Jahren vergibt das Deutsche Komitee für Unifem einen Preis für innovative und nachhaltige Selbsthilfeprojekte von Frauen in den Entwicklungsländern.

Am 25. November 2009 wurde im Bonner Haus der Geschichte der diesjährige Deutsche UNIFEM-Preis verliehen. Gemäß dem Motto des dritten der 8 Millenniumsziele „Stärkung der Rechte der Frau“ ging die mit 10.000 Euro dotierte Auszeichnung je zur Hälfte an die Organisationen „ABANTU for Development“ in Ghana und an das „Movimiento Manuela Ramos“ im Andenhochland in Peru. In ihren beeindruckenden und lebendigen Reden betonten beide Preisträgerinnen, dass der Einsatz für die Stärkung der Frauen auch ein Einsatz für eine lebenswertere Zukunft sei. „Frauen haben den Willen, die Kraft und das Können, ihren Teil für eine bessere Gesellschaft beizutragen.“ Wie das funktionieren kann, zeigt beispielhaft das Projekt des „Movimiento Manuela Ramos“ im peruanischen Andenhochland: Dort schlossen sich vor vielen Jahren Frauen zusammen mit dem Ziel, ihr Wissen und ihre Erfahrungen an möglichst viele Frauen, Männer und Jugendliche weiter zu geben. Zusammen mit der Welthungerhilfe versuchen sie „Promoterinnen“ unter anderem in den Bereichen Frauengesundheit, Familien und Scheidungsrecht und Einkommen schaffende Maßnahmen auszubilden. Außerdem führen sie gemeinsam mit Lehrerinnen und dem Personal des Gesundheits- und Justizsektors Informationsveranstaltungen zu familiärer und sexueller Gewalt durch.

„ABANTU for Development“ schlägt in Ghana einen anderen, aber nicht minder erfolgreichen Weg zur Stärkung der Rechte der Frau ein. Ein Jahr lang konsultierten die Gründerinnen Frauengruppen aus allen Teilen des Landes, sowie Politiker, Parlamentsmitglieder und ExpertInnen der verschiedensten Bereiche wie z.B. Recht, Gesundheit, Medien etc. Aus ihren gesammelten In-

formationen schufen sie in Kooperation mit der Friedrich Ebert Stiftung (FES) das „Women's Manifesto for Ghana“, ein politisches Dokument in 10 Kapiteln. Das Manifesto stellt die Situation von Frauen in Ghana dar und formuliert politische Forderungen von Frauen in unterschiedlichen Politikbereichen. Das Manifesto kam bereits bei den Wahlen 2004 und 2008 in Ghana zum Einsatz. Es wird in allen Teilen des Landes verteilt, an NGOs, Parteien und Einzelpersonen. Auch in Schulen und Universitäten wird es mittlerweile als Lehrmaterial verwendet. „Jetzt kann sich niemand mehr herausreden mit: ‚Wir wissen ja gar nicht, was die Frauen benötigen und wollen‘“, sagte die Preisträgerin Hamida Maalim Harrison am Abend in Bonn.

Ein mit 1000 Euro dotierter privater Sonderpreis ging an das Projekt „Aufklärung und Beratung über Frauenrechte in Togo – Rechtsberatung (Netzwerk)“ der Organisation GF2D und CRIFF, eingereicht vom Deutschen Juristinnen-Bund. Als sogenannte Barfußjuristinnen gehen die vom Projekt geschulten Frauen hinaus ins Land, um in den einzelnen Gemeinden Sensibilisierungsarbeit zu leisten und Frauen über ihre Rechte aufzuklären.

Gemeinsam mit dem neuen Bonner Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch verlieh die Vorsitzende des Deutschen Komitees, Karin Nordmeyer, die Preise an die ausgezeichneten Organisationen und ließ in ihrer Rede die vergangene UNIFEM-Kampagne „Frauen geben 8“ noch einmal Revue passieren

Helga Sourek, Beisitzerin im Deutschen Komitee für UNIFEM

Der **Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau (UNIFEM)** unterstützt Frauenorganisationen und Frauenprojekte in den sich entwickelnden Ländern technisch und finanziell. UNIFEM setzt sich auf allen politischen Ebenen für Frauen ein und fördert Gleichberechtigung, insbesondere die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen an politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Macht.

Kontakt:

UNIFEM Deutschland e.V., Kaiserstrasse 201, 53113 Bonn

Telefon: 0228-28970717 - Fax: 0228-28970718

E-Mail: [info\(at\)unifem.de](mailto:info(at)unifem.de) - Internet: www.unifem.de

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)

Zentralkomitee der Katholiken mit neuer Führungsspitze

Bonn (KNA) Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hat seine Führungsspitze neu gewählt. Der CSU-Politiker und frühere bayerische Landtagspräsident Alois Glück (69) ist neuer Präsident des obersten katholischen Laiengremiums in Deutschland. Die Herbstvollversammlung des ZdK wählte ihn in Bonn mit 169 von 189 Stimmen zum Nachfolger von Hans Joachim Meyer (73). Die Deutsche Bischofskonferenz erklärte sofort die notwendige Zustimmung zur Wahl.

Zu den vier Vizepräsidenten wurden die frühere Parlamentarische Staatssekretärin im Entwicklungshilfeministerium, Karin Kortmann (SPD), die Generalsekretärin der Bischöflichen Studien-

förderung Cusanuswerk, Claudia Lücking-Michel, der Referent im Bundesforschungsministerium, Christoph Braß, bisher schon ZdK-Vize, und der Vorsitzende des Erfurter Katholikenrates, Alois Wolf, gewählt. Kandidiert hatte auch NRW-Integrationsminister Armin Laschet (CDU), der allerdings nicht den notwendigen Stimmenanteil erhielt.

(KNA – 20. November 2009)

Katholikenkomitee fordert mehr Bildungsgerechtigkeit

Bonn (KNA) Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hat mehr Bildungsgerechtigkeit in Deutschland gefordert. Im Streit um die Hochschulreformen warnte das ZdK in Bonn vor einer Reduzierung der Studiengänge auf die berufliche Bildung. „Das Hochschulstudium muss sich auch am Leitbild einer umfassenden Bildung orientieren“, heißt es in dem bei der Herbstvollversammlung verabschiedeten Papier. Studiengebühren sollten sozialverträglich sein: Das ZdK plädierte für eine nachgelagerte Beteiligung der Studierenden an den Kosten ihres Studiums. Auch für BAföG-Empfänger müsse es Obergrenzen der Gesamtverschuldung und kalkulierbare Kosten geben.

Für den Bereich der frühkindlichen Bildung fordert das ZdK eine „flächendeckend ausreichende Zahl an Betreuungsplätzen“. Kinderbetreuungs- und Bildungsangebote sollten prinzipiell kostenlos sein; insbesondere gelte das für das letzte Kindergartenjahr. Das Zentralkomitee plädiert dafür, insbesondere die Sprachkompetenz von Kindern in den ersten Lebensjahren stärker zu fördern. Zudem seien Familien in schwierigen sozialen Milieus und mit Migrationshintergrund besonders zu unterstützen. Für unverzichtbar hält die Erklärung Einrichtungen der Eltern- und Familienbildung, um die Erziehungskompetenz zu stärken. Notwendig seien überdies Ausbau und Qualitätssicherung der Kindertagespflege.

Mit Blick auf die Schulen warnte das Katholikenkomitee vor einer Fixierung auf eine Debatte um die richtigen Schulformen. Wichtig sei ein flexibles und durchlässiges Schulsystem. Vor allem sei die Zahl der Schüler ohne Abschluss zu reduzieren, erklärte das ZdK. Lerninhalte seien so zu entwickeln, dass Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Milieus ihre Potenziale entfalten können. Lehrer und Schulen dürften nicht mit zusätzlichen sozialen Aufgaben überfrachtet werden, mahnt das ZdK. Lehrer sollten in erster Linie in die Lage versetzt werden, guten Unterricht zu machen. Sie seien nicht dafür ausgebildet, soziale und familiäre Defizite auszugleichen oder Defekte durch Verwahrlosung und psychische Probleme aufzuarbeiten.

In der Erklärung wird zugleich für eine bessere Verzahnung von Kindergärten, Schulen und örtlichen Bildungsangeboten sowie den Trägern von Jugendarbeit geworben. Zugleich müssten die Voraussetzungen für ein lebenslanges Lernen verbessert werden. Als „nicht hinnehmbar“ bezeichnet es das Papier, dass Bildungschancen in Deutschland überdurchschnittlich stark durch soziale Herkunft bestimmt werden. (KNA – 21. November 2009)

Die **Erklärung** „Bildung unabhängig von der Herkunft“ finden Sie im Internet unter => <http://www.zdk.de/erklarungen/erklarung.php?id=186&page=>

Katholiken: Debatte über Moscheebauten nicht überfrachten

Bonn (KNA) Nach der Abstimmung über Minarette in der Schweiz hat der Präsident des Zentralkomitees der Katholiken (ZdK), Alois Glück, zu einem stärkeren Dialog zwischen Christen und Muslimen aufgerufen. Es gebe bei allen Beteiligten Ängste, sagte Glück im Deutschlandfunk. So wie Teile der einheimischen Bevölkerung Überfremdung und Identitätsverlust fürchteten, hätten auch die Zuwanderer Angst, ihre eigene kulturelle Identität aufgeben zu müssen.

Glück sprach sich für mehr Sensibilität beim Bau von Moscheen aus; dies bedeute aber keinen Verzicht auf Minarette. Die Religionen bräuchten gesicherte Freiräume in der Öffentlichkeit; der Bau von Moscheen sei Ausdruck der Religionsfreiheit. Die islamischen Gotteshäuser sollten sich jedoch im Baustil ihrer jeweiligen Umgebung anpassen und kein Dominanzstreben dokumentieren.

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse warnte in der „Frankfurter Rundschau“ vor falschen Rückschlüssen aus der aktuellen Debatte. Er sehe die Gefahr, „dass die Fernwahrnehmung des Islam überdeckt, was wir an positiver nachbarschaftlicher Erfahrung mit islamischen Bürgern haben“, so Thierse, der auch ZdK-Mitglied ist. Der SPD-Politiker äußerte zugleich Verständnis für die Kritik von Muslimen an dem Ausgang der Volksbefragung. Es sei aber wünschenswert, „dass Muslime ebenso heftig protestieren gegen den eklatanten Mangel an Religionsfreiheit in islamischen Ländern“.

(KNA – 1. Dezember 2009)

ZdK für Beibehaltung der betreuten anonymen Geburt

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) begrüßt, dass der Deutsche Ethikrat sich in der aktuellen Stellungnahme „Das Problem der anonymen Kindesabgabe“ mit den Herausforderungen beschäftigt, die sich aus Kindstötungen und -aussetzungen ergeben. „Mit seiner Stellungnahme liefert der Ethikrat wichtige Argumente für eine notwendige gesellschaftliche Debatte“, erklärt ZdK-Präsident Alois Glück in Bonn. Die immer wieder bekannt werdenden Fälle von Aussetzung und Kindstötung unmittelbar nach der Geburt zeigten, wie wichtig nach wie vor wirksame Hilfen seien, um schwangere Frauen in einer als aussichtslos empfundenen Situation zu erreichen und sie vor tragischen Kurzschlusshandlungen zu bewahren.

Im Gegensatz zum Deutschen Ethikrat ist das ZdK allerdings der Meinung, dass Angebote einer betreuten anonymen Geburt nicht eingestellt werden sollten. „Sie helfen, das Leben von Kindern zu retten, bieten Frauen einen sicheren Rahmen und einen geschützten Raum für die Entbindung und tragen in vielen Fällen dazu bei, dass die Mütter sich nach der Geburt für ein Leben mit ihrem Kind entscheiden. Auf diese Möglichkeiten können wir um der Frauen und ihrer Kinder willen nicht verzichten“, unterstreicht Alois Glück.

Erforderlich seien verbesserte Beratungsangebote, ein gesellschaftliches Klima, das Frauen in Not auffängt und gesetzliche Regelungen, die dem Lebensschutz ebenso Rechnung tragen wie dem Anspruch des Kindes auf Kenntnis seiner Herkunft. Die Stellungnahme des Ethikrates sei hierfür ein wichtiger Impuls.

(ZdK – 26. November 2009)

ZdK begrüßt Entscheidung zum Sonntagsschutz

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), begrüßt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Sonntagsschutz. „Wir sind froh, dass das Bundesverfassungsgericht mit diesem weitreichenden Grundsatzurteil ein deutliches Zeichen für den Erhalt und Schutz der Sonn- und Feiertage und damit gegen die totale Ökonomisierung unserer Gesellschaft gesetzt hat“, erklärt der Präsident des ZdK, Alois Glück.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hebe klar hervor, dass die Ladenöffnung an Sonntagen nur eine Ausnahme vom grundgesetzlichen Sonntagsschutz darstellen und nicht zur Regel werden dürfe. Gerade die umstrittene Berliner Ladenöffnungsregelung an allen vier Adventssonntagen nacheinander dürfe es nun nicht mehr geben. Alois Glück dankt den beiden Klägern, der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz sowie dem Erzbistum Berlin, dass sie das Grundsatzverfahren nach Karlsruhe getragen haben. Damit sei es gelungen, den immer weiter ausgreifenden Liberalisierungstendenzen der Ladenschlussgesetze einen Riegel vorzuschieben. „Damit wird auch ein klares Zeichen gegen den uneingeschränkten Vorrang wirtschaftlicher Interessen in unserer Gesellschaft gesetzt“, so Glück. (*ZdK – 1. Dezember 2009*)

Das **Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)** ist der Zusammenschluss von Vertretern der Diözesanräte und der katholischen Verbände sowie von Institutionen des Laienapostolates und weiteren Persönlichkeiten aus Kirche und Gesellschaft. Entsprechend dem Dekret des II. Vatikanischen Konzils über das Apostolat der Laien (Nr. 26) ist das ZdK das von der Deutschen Bischofskonferenz anerkannte Organ, das die Kräfte des Laienapostolats koordiniert und das die apostolische Tätigkeit der Kirche fördern soll. Die Mitglieder des Zentralkomitees fassen ihre Entschlüsse in eigener Verantwortung und sind dabei von Beschlüssen anderer Gremien unabhängig.

Kontakt:

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), Generalsekretariat
Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn / Postfach 24 01 41, 53154 Bonn
Telefon: 0228 / 38297-0 - Telefax: 0228 / 38297-44
E-Mail: [info\(at\)zdk.de](mailto:info(at)zdk.de) - Internet: www.zdk.de